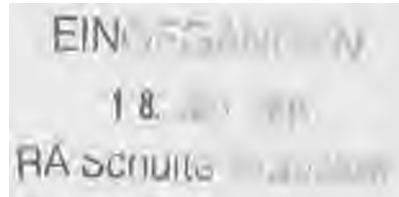




Sozialgericht Dortmund Postfach 105003 44047 Dortmund

Empfangsbekanntnis

Herrn
Rechtsanwalt
Lars Schulte-Braucker
Kalthofer Straße 27
58640 Iserlohn



14.07.2014
Seite 1 von 1

Aktenzeichen:
S 19 AS 2439/14 ER
(VNR: 277352)
(bei Antwort bitte angeben)

Bearbeiter:
Frau Peters

Telefon 0231 5415-305
Telefax 0231 5415-509

S 19 AS 2439/14 ER: XXX XXX ./ JobCenter Märkischer Kreis -

Widerspruchsstelle -

Anlagen

2

Sehr geehrter Herr Schulte-Bräucker,

als Anlage wird übersandt:

- Ablichtung des Beschlusses vom 14.07.2014
- Ausfertigung des Beschlusses vom 14.07.2014

zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Auf Anordnung
Peters
Regierungsbeschäftigte
(Maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig)

Dienstgebäude: Ruhrallee 1-3
44139 Dortmund
Telefon 0231-5415-1
Telefax 0231 5415-509

www.sg-dortmund.nrw.de
wAv.sozialgerichtsbarkeit.de

Sie erreichen das Gericht
mit den Stadtbahnlinien
U41, U45, U47, U49,
S-Bahn
(Haltestelle Stadthaus).

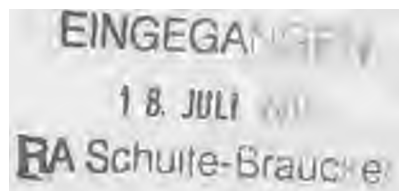
Sprechzeiten:
Mo.-Fr. 8:30-13:30 Uhr

Offnungszeiten:
Mo.-Do. 8:00-16:00 Uhr,
Fr. 8:00-15:00 Uhr



Sozialgericht Dortmund

Az.: S 19 AS 2439/14 ER



Beschluss

In dem Verfahren auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes

Antragstellerin

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Lars Schulte-Bräucker, Kalthofer Straße 27, 58640 Iserlohn

gegen

JobCenter Märkischer Kreis - Widerspruchsstelle -, vertreten durch den Geschäftsführer, Friedrichstraße 59/61, 58636 Iserlohn, Gz.: 498-35502BG00XXXXX eR1-35502-00047/14

Antragsgegner

hat die 19. Kammer des Sozialgerichts Dortmund am 14.07.2014 durch die Vorsitzende, Richterin Süllow, ohne mündliche Verhandlung beschlossen:

Der Antragstellerin wird für das Verfahren vor dem Sozialgericht Dortmund für die Zeit ab dem 18.06.2014 Prozesskostenhilfe ohne Ratenzahlung bewilligt und Rechtsanwalt Schulte-Bräucker aus Iserlohn beigeordnet.

Gründe:

Die Antragstellerin kann aufgrund ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Kosten für die Prozessführung nicht aufbringen; zudem erscheint die beabsichtigte Rechtsverfolgung nicht als mutwillig und bietet hinreichend Aussicht auf Erfolg (§ 73 a SGG in Verbindung mit §§ 114 ff. Zivilprozessordnung (ZPO)). Die Beiordnung eines Rechtsanwalts ist unter Berücksichtigung der Schwierigkeit von Sach- und Rechtslage als erforderlich anzusehen.

Auf § 120 Abs. 4 ZPO wird hingewiesen.

Rechtsmittelbelehrung:

Die Bewilligung der Prozesskostenhilfe ist gemäß § 127 Abs. 2 ZPO — außer für die Staatskasse im Falle des § 127 Abs. 3 ZPO — unanfechtbar.

Süllow
Richterin

Peters
Regierungsbeschäftigte
als Urkundsbeamte
der Geschäftsstelle

